

Mündigkeit und des gleichen Rechts auf Mitentscheidung. Ein ganz anderes Verständnis von Emanzipation beschreibt den Erwachsenen „so wie er geht und steht“ (Marx) als unemanzipierten Menschen, der durch Erziehung erst emanzipiert werden müsse. Dazu müsse die Avantgarde ihn ihrer geistigen Herrschaft unterwerfen. Es hat dieselbe Struktur wie wenn der Vater dem Kind sagt: Später wirst du einsehen, daß dies zu deinem Besten war. So schlägt Emanzipation in ihr Gegenteil um.

HK: Aber es gibt nicht nur eine antiinstitutionelle Verzerrung von Befreiung, sondern auch eine Verschiebung der Erwartungshaltungen in Richtung Staat, die Übersteigerung konsumistischer Wünsche gegenüber dem Staat und damit zugleich eine wenigstens indirekte Verabsolutierung des Staates. Liegt nicht hier eine der aktuellsten Wurzeln des von Ihnen vielfach kritisierten antiaufklärerischen politischen Dogmatismus?

Kriele: Ja, die „emanzipatorische“ Welle, die die Institu-

tionen ablehnt, geht Hand in Hand mit einer Verstärkung der staatlichen Macht zum Zweck der Herstellung von mehr Gleichheit. Diese aber kann in die Aufhebung aller Gleichheit umschlagen. Es gibt dann diejenigen, die mittels des Staates die anderen zur Gleichheit emanzipieren, und diejenigen, die ihnen unterworfen sind. So entsteht eine neue Zwei-Klassen-Gesellschaft von Herrschenden und Beherrschten. Ins Extrem getrieben ist das in den marxistischen Staaten, wo es Ungleichheit nicht nur etwa im Sinne unterschiedlicher Einkommen und unterschiedlichen gesellschaftlichen Status gibt wie anderswo auch, sondern wo die Herrschaftsklasse absolutistische Macht ausübt. Für die aufklärerische Gleichheitsidee steht auch der Machthaber nicht über, sondern unter dem Recht. Sie bedeutet Zurückweisung von Privilegien, aber nicht Auflösung von Institutionen. Der gleiche Anspruch des Menschen auf Freiheit und Würde läßt sich überhaupt nur im Rahmen der institutionellen Einheit von Menschenrechten, Gewaltenteilung und Demokratie verwirklichen.

Politische Zeitfragen

Unter islamischer Oberhoheit

Zur Lage der christlichen Minderheiten im Vorderen Orient

„Einiger Millionen orientalischer Christen wegen können wir nicht unsere guten Beziehungen mit hundert Millionen arabischer Muslime aufs Spiel setzen.“

Das erklärte bereits Ende der vierziger Jahre ein amerikanischer Politiker einem christlichen libanesischen Minister. Dieses Kalkül beherrscht heute, unter den Bedingungen verschärfter Abhängigkeit von Ölquellen in ganz oder überwiegend islamischen Ländern, das Denken der Orientspezialisten vieler europäischer Regierungen. Man strebt eine Allianz mit einem konservativen und gemäßigten Islam an in der Hoffnung, dieser stelle ein Bollwerk gegen den Kommunismus dar. Für ein so verstandenes westliches Interesse im Orient ist es ausgesprochen lästig, wenn von Zeit zu Zeit Stimmen christlicher Volksgruppen aus dem Orient laut werden, die um Unterstützung oder zumindest um Verständnis des „christlichen Westens“ für ihre Bemühungen um eine gleichberechtigte Existenz in einer mehrheitlich islamischen Region bitten. Eine solche Unterstützung hat es lange Zeit gegeben, so lange nämlich, als es europäischen imperialen Interessen diente, christliche Minderheiten im Orient als Verbündete zu gewinnen. Vor allem im 19. Jahrhundert suchte jede europäische Großmacht eine Protektorenrolle: Frankreich für die Maroniten, das zaristische Rußland für die Griechisch-Or-

thodoxen, Österreich-Ungarn für die Griechisch-Katholischen. Großbritannien gelang es, im Ersten Weltkrieg Armenier und Assyrer zur Teilnahme am Krieg gegen das Osmanenreich zu gewinnen. Heute bestehen diese imperialen Interessen nicht mehr. Die Verbündeten von einst sind lästig geworden. Als christliche Libanesen während der Kämpfe in Beirut 1976 an den christlichen Westen appellierten, mokierte sich ein westlicher Diplomat: „Die haben immer noch nicht gemerkt, daß das Zeitalter der Kreuzzüge vorbei ist, daß es das christliche Abendland nicht mehr gibt.“

Christen und Juden nur geduldete Bürger zweiter Klasse

Ein christliches Abendland mag es in der Tat nicht mehr geben, das muslimische Morgenland aber besteht weiter: In der Sicht der Muslime ist es das Land des Islam, in dem es weiterhin keine Trennung des Geistlichen und des Weltlichen, von Religion und Staat gibt. Und im Land des Islam gibt es keine Gleichberechtigung von Muslimen und Andersgläubigen.

Wo es Muslime gibt, muß im traditionellen Verständnis des Islam ein Muslim der Herrscher sein, muß das Gesetz

des Islam allein gelten. Es mag lange Waffenstillstände geben, wenn dieser Anspruch nicht durchgesetzt werden kann – aber keinen definitiven Frieden. Kann die Herrschaft des Islam durchgesetzt werden, so ist es religiöse Pflicht, sie durchzusetzen. Staatsvolk im engeren Sinne ist die – muslimische – Gemeinschaft der Gläubigen. Nichtmuslime werden, soweit sie Angehörige von „Schriftreligionen“ sind, also Juden, Christen und Zoroastrier, toleriert: sie dürfen ihren Glauben auch im islamischen Staat weiter ausüben; sie gelten als „Beschützte“ des islamischen Staates. Diese Toleranz des Islam hat jedoch wenig mit dem liberalen Toleranzbegriff der europäischen Neuzeit zu tun. Sie ist eher eine Duldung unter bestimmten Bedingungen: der „Schutzvertrag“ ist gleichzeitig ein Unterwerfungsvertrag.

Im Laufe der Geschichte gab es Perioden, in denen diese Bedingungen sehr großzügig gehandhabt wurden, und andere, in denen sie mit äußerster Härte auferlegt wurden: „beschützte“ Christen und Juden mußten eine besondere *Kopfsteuer* zahlen; sie durften keine Waffen tragen, keine Funktion ausüben, in der sie Muslimen übergeordnet waren, insbesondere nicht über Muslime zu Gericht sitzen; bisweilen war ihnen eine besondere Kleidung verordnet, in der sie jederzeit erkannt werden konnten. Muslimen sollten sie stets mit Ehrerbietung gegenüber treten. Muslime durften christliche oder jüdische Frauen heiraten, Christen und Juden aber war es bei Todesstrafe untersagt, Muslime zu ehelichen. Konversion zum Islam war jederzeit möglich; auf den Abfall vom Islam aber stand die Todesstrafe. Die „klassische“ Form des „Schutzvertrages“ gibt es in der modernen arabischen Welt nicht mehr. Wo heute noch ausschließlich das Koranrecht gilt, in Saudiarabien und Libyen etwa, gibt es keine autochthonen christlichen Gemeinschaften, die ihm unterworfen wären. Vieles vom Geist der „Schutzverträge“ besteht aber in nur oberflächlich modernisierter Form weiter.

In allen Mitgliedstaaten der Arabischen Liga mit Ausnahme des Libanons ist der Islam *Staatsreligion* oder zumindest, wie in Syrien, die verfassungsmäßig festgelegte Religion des Staatsoberhauptes. Wo koranisches Erbrecht durch staatlich-säkulare Gesetzgebung abgelöst wurde, folgt diese eng den koranischen Vorschriften.

Von größerer Bedeutung als Verfassung und Gesetze aber ist die Weiterführung der *Diskriminierung von Nichtmuslimen im gesellschaftlichen und politischen Leben*. Hier können Christen keine Frauenärzte werden, weil sie muslimische Frauen nicht berühren dürfen. Dort werden staatliche Examina so manipuliert, daß die erfolgreichsten drei Absolventen immer Muslime sind. Fast überall können in den staatlichen Verwaltungen Christen nur in Stellvertreterfunktionen gelangen. Wo Christen in eine Regierung aufgenommen werden, erhalten sie in der Regel „technische“, d. h. politisch wenig einflußreiche Ressorts. Christliche Regierungschefs gab es seit dem Ersten Weltkrieg einen in Syrien und einen in Ägypten; letzterer wurde von einem muslimischen Extremisten ermordet. Kurz: Auch da, wo es keinen „klassischen“ islamischen

Staat mehr gibt, sind Christen überwiegend geduldete Bürger zweiter Klasse.

Zwischen De-facto-Autonomie und Arabisierung

Die politische Geschichte des christlichen Orients seit der islamischen Eroberung ist eine Geschichte der Bemühungen, der Diskriminierung zu entkommen. Die Formen dieser Bemühungen sind höchst unterschiedlich, je nach den Traditionen der verschiedenen christlichen Gemeinschaften – und nach ihren konkreten Durchsetzungschancen. Die christlichen Kirchen des Orients stellen nicht nur Glaubensgemeinschaften, sondern gleichzeitig ethnische Gruppen dar, manche von ihnen mit einem quasinationalen Selbstverständnis. Wo es die geographische Lage erlaubte, versuchten sie, ihre Eigenständigkeit auch politisch zu bewahren. Dies gilt vor allem für drei Nationalkirchen bzw. Kirchnationen: die Armenier, die Assyrer und die Maroniten. Ihre Siedlungsgebiete in den Bergen des heutigen türkisch-russischen Grenzgebietes, des irakischen Nordens und des Libanons erlaubten es ihnen, jahrhundertlang eine *De-facto-Autonomie* zu erhalten. Diese drei Gruppen bemühten sich schließlich zu Beginn des 20. Jahrhunderts, souveräne Nationalstaaten zu errichten.

Die anderen christlichen Gemeinschaften hatten weder von der geographischen Beschaffenheit ihrer Siedlungsgebiete noch von ihrer zahlenmäßigen Stärke her die Möglichkeit, ähnliche politische Ziele anzustreben. Sie waren darauf angewiesen, zu versuchen, innerhalb mehrheitlich muslimischer Staatsgebilde ihre Identität zu wahren und sich um Gleichheit ihrer bürgerrechtlichen Stellung zu bemühen. Die Wahrung der kulturellen Eigenart wurde gerade durch ihre jahrhundertlange gesetzliche Diskriminierung erleichtert: im Osmanenreich wurden die christlichen Gemeinschaften als Millet, d. h. als Nation, definiert – als unterworfenen Nationen, aber als Nationen. Dem Patriarchen fiel die Position des Ethnarchen, des geistlichen wie weltlichen Oberhauptes der Gemeinschaft, zu. Im Schutz dieser Gemeinschaftsverfassung gelang es zahlreichen christlichen Gruppen im heutigen Syrien und Irak sogar, ihre ursprüngliche Sprache – aramäische Dialekte – bis in die Gegenwart hinein zu erhalten: assyrische, chaldäische, syrisch-orthodoxe, syrisch- und griechisch-katholische Christen sprechen bis heute die Sprache Christi.

Die *kulturelle Arabisierung* der christlichen Minderheiten im Orient machte erst zu einem Zeitpunkt große Fortschritte, als sich eine Chance auftat, der gesellschaftlichen und politischen Diskriminierung zu entkommen. Diese Chance bot sich durch zwei gegensätzliche, aber eng miteinander verknüpfte Entwicklungen: das Wachsen europäischer Einflüsse im Orient und die Entstehung des arabischen Nationalismus.

Seit dem 17. Jahrhundert war es vor allem Frankreich ge-

lungen, dem Osmanenreich die sogenannten Kapitulationen abzurufen, d. h. Verträge, welche die orientalischen Christen – die mit Rom unierten zunächst – seinem Schutz unterstellten; andere europäische Mächte folgten, wie bereits erwähnt, Frankreichs Vorbild. Europäische Missionare kamen in den Orient, schufen, teils gemeinsam mit den lokalen christlichen Gemeinschaften, ein modernes Schul- und Hochschulwesen. In kurzer Zeit errangen die orientalischen Christen einen beträchtlichen Bildungsvorsprung vor den Muslimen. Das Bildungswesen wurde zum Vehikel moderner Ideen aus Europa. Die Christen „modernisierten sich, ohne sich dafür zu entschuldigen“, so der libanesische Historiker Salibi. Sie wurden zu kulturellen wie wirtschaftlichen Mittlern zwischen Orient und Okzident – und sie wurden dadurch schnell wohlhabend. Die selbstbewußter gewordenen christlichen Minderheiten begannen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ernsthaft auch die *politische Gleichberechtigung* anzustreben. Die politische Leitidee dieser Bemühungen war der arabische Nationalismus. Die Entstehung des arabischen Nationalgedankens stand unter starkem Einfluß europäischer Nationalismuskonzeptionen. Eine arabische Nation sollte sich befreien von der türkischen Herrschaft im osmanischen Vielvölkerstaat. Und der Staat der Araber sollte ein säkularer Staat sein – im Gegensatz zur theokratischen Herrschaft des Sultans und Kalifen an der Hohen Pforte. Der arabische Nationalismus der Frühzeit fand Anklang bei vielen Muslimen, weil er antitürkisch war. Er fand begeisterte Unterstützung vieler Christen, weil er säkular und liberal war. Christen wurden seine wichtigsten Denker und dynamischsten Anwälte. Und es waren überwiegend Christen, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Renaissance der arabischen Sprache und Kultur einleiteten, die eine blühende arabische Literatur schufen, die die wichtigsten arabischen Zeitungen und Zeitschriften gründeten. Zahlreiche Christen gaben nunmehr endgültig die Anhänglichkeit an ihre partikulären Kulturen auf; sie wurden zu Arabern in der Hoffnung, gleichberechtigte Bürger, Araber unter Arabern, zu werden.

Kurz: Während drei christliche Gemeinschaften, begünstigt durch ihre geschlossenen Siedlungsgebiete in schwer zugänglichen Gebirgen, den Weg zur eigenen Staatlichkeit suchten, hofften die christlichen Minderheiten in den anderen Regionen des Orients, der jahrhundertelangen Minderstellung dadurch zu entkommen, daß sie sich an die Spitze einer modernen Nationalbewegung stellten.

Vom prowestlichen zum islamischen Nationalismus

Für beide Versuche wurde der Erste Weltkrieg und die ihm folgende Zerschlagung des Osmanenreiches zum *geschichtlichen Wendepunkt*. Nie waren die Hoffnungen größer, und nie die Enttäuschungen bitterer. Die Westmächte versprachen Armeniern und Assyriern eigene Staaten, und sie steckten zurück, als Türken und irakische

Araber sich dem widersetzen. Die Armenier büßten ihren Griff nach der Freiheit mit Millionen von Toten und dem Verlust etwa der Hälfte ihres angestammten Gebietes; in der anderen Hälfte entstand die armenische Sowjetrepublik – sie rettete das Volk, seine Sprache und Kultur, aber Sowjetherrschaft trat an die Stelle der des Islam. Fast noch schlimmer erging es den Assyriern. In ihre alte Heimat in den osttürkischen Bergen ließ sie der neue, militärisch starke türkische Nationalstaat nicht mehr zurück, und den wenigen dort noch verbliebenen Assyriern wurde ihre Identität von Staats wegen abgesprochen: sie gelten als „Bergtürken“ ebenso wie das muslimische Minderheitsvolk der Kurden. Auch die einige Zeit von England genährte Hoffnung einer regionalen Autonomie für die Assyrer im Nordirak zerschlug sich: 1933 massakrierte die irakische Armee Tausende von Assyriern. Reste dieses Volkes finden sich heute noch im Irak, in Syrien, wohin viele von ihnen geflüchtet waren, und im Iran. Tausende andere zogen die Emigration der Fremdherrschaft vor: in den USA, wo heute der assyrische Patriarch residiert, in Westeuropa und besonders in Schweden bestehen Exilgemeinschaften. Die einzige christliche Volksgruppe, deren Selbstbestimmungsidee politisch von Erfolg gekrönt war, ist die der Maroniten. 1920 wurde die libanesische Republik geschaffen: zwar kein maronitischer Staat, aber ein Staat, in dem die Maroniten zusammen mit anderen christlichen Gemeinschaften, mit Griechisch-Orthodoxen, Griechisch-Katholischen und in den Libanon geflüchteten Armeniern, eine knappe Mehrheit bildeten; ein Staat, in dem Christen wie Muslime Anteil an der Macht hatten, in dem niemand Bürger erster und niemand Bürger zweiter Klasse war.

Nur eines der drei „Bergchristen“-Völker gelangte also zu einer von ihm gewünschten Staatlichkeit. Wie aber verlief der Versuch der christlichen Minderheiten, sich in der arabischen Nationalbewegung zu emanzipieren?

Die Nachfolgestaaten des osmanischen Reiches erhielten mehrheitlich Staats- und Rechtsordnungen nach europäischem Vorbild: zum ersten Male erhielten die Minderheiten ihre bürgerrechtliche Gleichstellung. Der *Einsatz der Christen für die nationale Sache* eröffnete ihnen einige Chancen politischer Mitwirkung; vor allem in Syrien gewannen christliche Politiker beträchtlichen Einfluß.

Bereits in den Zwischenkriegsjahren aber begann der arabische Nationalismus seinen ursprünglichen Charakter beträchtlich zu ändern. In der Gründerphase war er eng verknüpft mit Sympathien für die liberalen Demokratien des Westens, vor allem für Frankreich. In Paris waren die ersten Schriften der Nationalbewegung erschienen, dort fand der erste panarabische Kongreß statt. Frankreich und England waren die Beispiele, welche den arabischen Nationalgedanken inspirierten. Nach dem Ersten Weltkrieg waren es aber ausgerechnet diese beiden Staaten, die den Arabern sowohl die angestrebte Unabhängigkeit wie die erhoffte Einheit gewaltsam vorenthielten. Sie waren es, die künstliche Staaten im Orient schufen, Einflußzonen festlegten und den Arabern ihre Mandats Herrschaft aufzwangen. Die Bewunderung für den Westen schlug in Feind-

schaft um. Der arabische Nationalismus mußte sich nunmehr gegen diese Kolonialherrschaft wenden. Gleichzeitig hatte die türkische Fremdherrschaft ein Ende gefunden; mit dem Osmanenreich war auch das Kalifat verschwunden. Nunmehr waren es nicht mehr türkische Muslime, die über arabische Muslime herrschten, sondern fremde Ungläubige. Der Islam war politisch wieder verfügbar geworden. Ihn nunmehr als Instrument der Massenmobilisierung gegenüber der neuen Fremdherrschaft einzusetzen war allzu naheliegend, als daß muslimische arabische Nationalisten darauf hätten verzichten können. Kurz: Der einst prowestliche und liberal-säkulare Nationalismus begann zunehmend antiwestlich und islamisch zu werden.

Diese Entwicklung verschärfte sich brüsk nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Zwar hatten die ostarabischen Staaten inzwischen ihre formelle Unabhängigkeit gewonnen, aber die Westmächte – neben Großbritannien zunehmend die Vereinigten Staaten – fuhrten fort, durch Militärpakte und Stützpunkte ihren Einfluß im Orient aufrechtzuerhalten. Die westliche Unterstützung der Staatsgründung Israels auf arabischem Boden legte schließlich den arabischen Nationalismus völlig auf einen antiwestlichen Kurs fest. Israel erscheint den Arabern als eine Verewigung westlichen Kolonialismus' in der Region: als das größte Unrecht, das der arabischen Nation angetan werden konnte. Daß der Westen ausgerechnet einen religiösen Staat, einen Staat der Juden, unterstützte, diskreditierte in den Augen der Araber das westliche Bekenntnis zum säkularen Staat. Die Folge konnte nur eine Stärkung muslimischer Gefühle sein.

Politische Zwänge, wirtschaftliche Rückschläge

Diese Entwicklungen brachten die christlichen Minderheiten in eine zunehmend schwierigere Lage. Mit ihren muslimischen Landsleuten teilten die Christen die Abneigung gegen Israel: in ihren eigenen Staaten kämpften sie gegen alle Ansätze zur Erneuerung religiöser Staatskonzeptionen; wie hätten sie ein Israel billigen können, das den Muslimen ein „schlechtes Beispiel“ gab und muslimische Reaktionen beförderte? Es war nur folgerichtig, daß sie sich in ihrem *Antizionismus* von keinem Muslim übertreffen ließen. Schwieriger schon war es für sie, die *antiwestliche Wendung* ihrer muslimischen Landsleute nachzuvollziehen. Auch wenn orientalische Christen die Politik der Westmächte nicht billigten, waren sie durch sprachliche, kulturelle und religiöse Bindungen gefühlsmäßig stark „prowestlich“ eingestellt. Für viele orientalische Christen war seit Generationen Französisch oder auch Englisch zur zweiten Sprache geworden. Ihre Kinder besuchten französische, englische oder amerikanische Schulen, studierten häufig in Europa. Sie traf es darum hart, als eine Anzahl arabischer Regierungen die ausländischen Schulen schloß und das Studium in nunmehr als feindlich angesehenen Ländern erschwerte oder unmög-

lich machte. Daß sie ihre Bindungen an Europa nicht aufgaben, machte sie wiederum den Muslimen suspekt. In Ägypten, Syrien oder im Irak der fünfziger Jahre standen die Christen in wachsendem Maß unter dem *Verdacht nationaler Unzuverlässigkeit*.

Gleichzeitig verschlechterte sich ihre *ökonomische Lage*. In den Jahren nach dem verlorenen Palästinakrieg von 1948 stürzten die vom Großbürgertum getragenen Regime Syriens, Ägyptens und schließlich auch des Irak. Die neuen Regierungen, meist aus nationalistischen Militärs zusammengesetzt, verschrieben sich unterschiedlichen Formen des arabischen Sozialismus. Banken wurden verstaatlicht, der Handel streng reglementiert; der staatliche Wirtschaftssektor expandierte. Die ökonomischen Maßnahmen trafen Sektoren, in denen Christen überproportional vertreten waren; sie begünstigten hingegen den Bereich, in dem sie untervertreten waren. Die sozialistischen Maßnahmen waren nicht gegen die Christen gerichtet, sondern gegen das Bürgertum, in dem aber die Christen einen hohen Anteil stellten. Die neuen Regime begünstigten Militär und Beamtentum, in dem die Christen von jeher schwach vertreten waren. Eine Umstellung aber wurde den Christen weitgehend verbaut. Nassers Ägypten etwa führte für Positionen in Beamenschaft und nicht zuletzt im Bildungswesen einen zwar inoffiziellen, aber sehr wirksamen *Numerus clausus* für die Christen ein: der Anteil der Christen im Beamtentum wurde nach ihrem Bevölkerungsanteil bemessen – letzterer aber wurde manipuliert. Die offizielle Statistik geht von nur ca. 8% Christen aus; die koptischen Christen selbst dagegen sind der Auffassung, sie stellten ein Viertel der Bevölkerung dar. Die Schätzungen neutraler Beobachter liegen zwischen 15 und 20%. Andere arabische Länder verfahren weniger rigoros; auch in ihnen sind jedoch für die Christen die Aufstiegsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst eng begrenzt. Verantwortliche Positionen werden ihnen selten zugebilligt. Für die Privatwirtschaft bildeten sich umgekehrte administrative Praktiken heraus. So wird es etwa christlichen Geschäftsleuten untersagt, Christen einzustellen, wenn nicht auch ein „angemessener Anteil“ von Muslimen beschäftigt wird. Die meisten dieser Praktiken beruhen nicht auf formellen politischen Beschlüssen, sie entbehren gesetzlicher Grundlage. Im Zweifelsfall wird ihr Bestehen abgestritten. Nichtsdestoweniger gibt es sie, und sie werden ständig drückender für das Leben der christlichen Minderheiten. Aus der Zerschlagung bürgerlicher Privilegien, gerichtet gegen das gesamte Bürgertum ohne Ansehen der Religion, ist unter der Hand eine neue Diskriminierung der Minderheiten geworden.

In mancher Hinsicht ist heute die Stellung der Christen schwieriger geworden als während der letzten Jahrzehnte des osmanischen Reiches. Unter dem Millet-System hatten die christlichen Gemeinschaften das Recht, ihre eigenen Schulen zu betreiben. Der säkulare arabische Staat kann diese Schulen verbieten – so in Syrien – oder ihre Universitäten schließen – so im Irak –, ohne daß dies auf den ersten Blick als diskriminatorische Maßnahme erscheint,

bietet doch der Staat seine eigenen Bildungsinstitutionen für Kinder aller Religionen an. Lehrpläne und Schulbücher der Staatsschulen sind aber so beschaffen, als ob sie solche rein muslimischer Schulen wären. Christliche Kinder erhalten zwar ihren eigenen Religionsunterricht. In den arabischen Geschichts- und Literaturstunden aber werden sie de facto einem muslimischen Religionsunterricht in anderen Formen ausgesetzt. Von Geschichte und Kultur ihrer eigenen Gemeinschaften erfahren sie in der Schule nichts. Das jordanische Beispiel zeigt, daß es nicht einmal einer Verstaatlichung der christlichen Schulen bedarf, um dasselbe Resultat zu erzielen: der Staat schreibt allen Schulen, auch den christlichen, Lehrinhalte und Lehrmittel vor – und die sind exklusiv muslimisch geprägt.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß der arabische Nationalismus sich im Laufe der letzten Jahrzehnte von seinen säkular-liberalen Anfängen immer weiter entfernt hat und einer De-facto-Islamisierung unterliegt. Für die christlichen Minderheiten resultierte daraus eine neue *De-facto-Diskriminierung*. Dennoch bleibt für sie als positives Resultat gegenüber früheren geschichtlichen Perioden, daß zumindest die bürgerrechtliche *De-jure-Gleichstellung* erhalten blieb.

Auswanderung – das geringere Übel

Im Laufe der letzten Jahre aber haben sich die schrillen Stimmen gewaltig gemehrt, die auch eine *De-jure-Re-Islamisierung des Staates* fordern. Der Iran hat hierfür ein spektakuläres Beispiel gegeben. Aber auch Saudiarabien fördert diskret die Re-Islamisierung, Libyen weniger diskret; ersteres stützt konservative, letzteres radikal islamische Kräfte – für die christlichen Minderheiten ist beides bedrohlich. So unterschiedliche Regime wie Sadats Ägypten und Assads Syrien werden von extremistischen muslimischen Kräften angegriffen. In beiden Staaten ist die *Muslimbruderschaft* wieder sehr aktiv geworden. Während sie in Syrien die Herrschaft der heterodox-islamischen Alawiten bedroht, greift sie in Ägypten die Kopten an, mit Brandstiftungen in Kirchen, Bombenanschlägen und Angriffen auf Personen. Der bislang massivste Vorstoß zu legaler Re-Islamisierung im arabischen Orient kam aber nicht von Extremisten vom Schlage der Muslimbrüder, sondern von relativ biedereren Konservativen: im ägyptischen Parlament wurde ein Gesetzesvorschlag eingebracht, für Apostasie vom Islam wieder die Todesstrafe einzuführen. Dieser Vorstoß richtete sich gegen die nicht mehr seltenen Fälle, in denen Kopten zum Islam übertreten, um eine muslimische Frau heiraten zu können, nach erfolgter Eheschließung aber wieder ihren christlichen Glauben praktizieren. Es bedurfte massiver Proteste der ägyptischen Christen, unter anderem eines Hungerstreiks des koptischen Patriarchen, um Präsident Sadat zu veranlassen, die parlamentarische Behandlung dieses Gesetzesentwurfs zu verhindern.

Wie reagieren die christlichen Minderheiten auf die alten und neuen Bedrohungen?

Grob vereinfacht, lassen sich drei verschiedene Formen von Reaktionen beobachten: zum ersten die *von Versuchen, sich zu arrangieren* und das im Rahmen des Möglichen Erreichbare zu sichern; zum zweiten *Resignation*, Rückzug ins Private bis zum Extremfall der Emigration; schließlich die des *politischen Aktivismus unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung* in der Hoffnung, aufs neue Einfluß auf den Gang der Ereignisse nehmen zu können. Diese Formen von Reaktionen können unterschiedlichen Gruppen zugeordnet werden; sie sind in den verschiedenen Ländern des Orients in je unterschiedlicher Stärke vertreten.

Die Versuche, sich mit den jeweils Herrschenden zu arrangieren, werden in erster Linie von den geistlichen Oberhirten und den Notabeln der christlichen Gemeinschaften unternommen. Sie zielen darauf ab, die Existenz und das relative Wohlergehen der jeweiligen Gemeinschaft zu sichern. Im Stil und in ihrer Wirksamkeit hängen sie einerseits von dem Gewicht der jeweiligen Führungspersönlichkeiten ab, andererseits – und hauptsächlich – vom objektiv gegebenen Handlungsspielraum. Der koptisch-orthodoxe Patriarch wie auch der neue griechisch-orthodoxe Patriarch von Antiochien sind beispielsweise Persönlichkeiten großer Charakterstärke, die die Interessen ihrer Gemeinschaften mit ebensoviel Mut wie Umsicht vertreten. Demgegenüber legt der derzeitige griechisch-katholische (melkitische) Patriarch eine Flexibilität an den Tag, die ihm bisweilen als Opportunismus ausgelegt wird. In Ägypten und in Syrien gelingt es einigen christlichen Notabeln derzeit, eine nicht unbedeutende politische Rolle zu spielen. Als Beispiel sei der ägyptische Staatsminister für Auswärtiges genannt, der koptische Völkerrechtler *Pierre Boutros Ghali*. In Ägypten wie in Syrien ist freilich in der gegenwärtigen politischen Konjunktur den jeweiligen Regimen daran gelegen, sich die Mitarbeit der christlichen Minderheit zu sichern – ein Zeichen der relativen Schwäche ihrer Position bei der Gesamtbevölkerung. Im Irak und in Jordanien besitzen die christlichen Minderheiten ein viel geringeres Gewicht als in Ägypten und in Syrien; politisch spielen sie keine Rolle und können daher lediglich versuchen, durch „Wohlverhalten“ Schaden abzuwenden.

Sieht man von der Führungsebene der Minderheitengruppen ab, deren Mitglieder sozusagen von Amtes wegen zu Optimismus verpflichtet sind, so läßt sich während der letzten Jahre eine starke *Zunahme von Hoffnungslosigkeit und Resignation* beobachten. Immer mehr Christen sehen keine Möglichkeit mehr, ihr kollektives Geschick zu bestimmen oder auch nur zu beeinflussen. Sie versuchen, möglichst unauffällig zu leben und bei den jeweiligen Behörden keinen Anstoß zu erregen. Die *Zahl der Auswanderer* ist in die Höhe geschneilt und hört nicht auf zu steigen. Waren es noch vor einem Jahrzehnt in erster Linie beruflich Qualifizierte, vor allem Angehörige freier Berufe, die nach den USA, nach Kanada oder Australien emigrierten, so suchen derzeit auch viele einfache Leute, selbst fremdsprachenunkundige christliche Bauern, den Weg in

ein anderes Land. Auf die Frage nach dem Warum hört man vor allem eine Antwort: Für unsere Kinder gibt es hier keine Zukunft mehr. So haben sich im Irak und im Nordosten Syriens zahlreiche einstmals christliche Dörfer geleert; ähnliches gilt auch für die Türkei. Besonders hoch ist die Auswandererquote bei den palästinensischen Christen im Westjordanland und in Israel. Von den Israelis als Palästinenser, von den Muslimen als Christen beargwöhnt, erscheint ihnen zunehmend die Auswanderung als das geringere Übel.

Eine *kleine Minderheit* von Christen, vor allem Intellektuelle, will sich hingegen weder mit den herrschenden Zuständen arrangieren noch vor ihnen resignieren. Sie treibt es in den *politischen Aktivismus* vor allem solcher Tendenzen, die eine laizistische Alternative zu islamisch geprägten politischen Ideologien bieten. Christen waren und sind die treibenden Kräfte verschiedener kommunistischer Parteien im ostarabischen Raum. Es war ein Christ, der die Baath-Partei gründete. Christen dominieren in der Syrischen Volkspartei, die – heute in eine linke und rechte Tendenz gespalten – ein „Großsyrien“ als Alternative zum Panarabismus verfiicht. Schließlich führen Christen die radikaleren Organisationen in der Palästinensischen Befreiungsfront, nämlich die „Volksfront“ und die „Demokratische Front“. Wie im vergangenen und zu Anfang dieses Jahrhunderts Christen die Pioniere der bürgerlichen arabischen Nationalbewegung waren, so sind heute Christen führend in der arabischen Linken – unter den Christen eine Minderheit, aber eine äußerst aktive Minderheit. Nachdem der arabische Nationalismus sich re-islamisierte, scheint dieser Minderheit in den Minderheiten die Linke, und in zunehmendem Maße die *marxistische Linke*, den einzigen Weg aus der Marginalisierung zu bieten.

Der Westen geniert sich, Christen zu helfen

Bemühung um Anpassung, Resignation, linker Aktivismus: daneben gibt es jedoch noch eine andere Form der christlichen Reaktion auf die islamische Herausforderung, nämlich die des *Widerstandes*, wenn erforderlich, des bewaffneten Widerstandes. Diese Reaktion findet sich ausschließlich im Libanon, der letzten Bastion von „Bergchristen“. Zu ihnen gehören fast alle Maroniten, aber auch die Mehrheit der libanesischen Griechisch-Katholischen und Griechisch-Orthodoxen. Tief erschreckt von den Entwicklungen im übrigen arabischen Orient, sind sie entschlossen, mit der Waffe in der Hand das letzte Land zu verteidigen, in dem Christen nicht nur geduldete Minderheit sind, sondern gleichberechtigte Bürger.

Es gehört zu den besonders tragischen Aspekten des Libanonkonfliktes der letzten Jahre, daß es auf beiden Seiten der Barrikaden Christen gab: auf der einen Seite libanesischen Patrioten, auf der anderen Aktivisten der libanesischen und palästinensischen Linken. Die einen kämpften für die Erhaltung ihrer Freiheit, die anderen in der ver-

zweifelten – und vermutlich irrigen – Überzeugung, nur der Sieg der Linken könne ihnen Freiheit bringen.

Die nähere Untersuchung der gegenwärtigen Lage der christlichen Volksgruppen des arabischen Orients läßt deutlich werden, wie *inadäquat* die bisherige Reaktion der westlichen Staaten auf diese Lage war. Wie eingangs angedeutet, wären manche westlichen Orientpolitiker nicht unzufrieden, würde sich das Problem der orientalischen Christen durch Auswanderung oder Vertreibung „von selbst“ lösen. Auf dem Höhepunkt der Libanonkrise sollen höhere amerikanische Diplomaten den libanesischen Christen die Evakuierung durch die 6. Flotte und die kollektive Auswanderung angeboten haben. Dieser reichlich zynische Wunsch wird kaum in Erfüllung gehen. Wenn sich die Dinge so weiterentwickeln wie bislang, mag es zweifellos dazu kommen, daß weite Gebiete des Orients „christenfrei“ werden. Aber die orientalischen Christen werden sich nicht einfach „hinwegwünschen“ lassen. An den beiden Polen der den orientalischen Christen heute offenen politischen Optionen wird es harten Widerstand geben. Auf der einen Seite ist das politische Christentum des Libanons ungebrochen, und sein Widerstand gegen Entmachtung, sei es durch Syrien, sei es durch Palästinenser, ist stark genug, die möglichen Angreifer zu destabilisieren. Vor allem dem derzeitigen syrischen Regime könnte ein erneuter Versuch militärischer Unterwerfung des Libanons teuer zu stehen kommen. Auf der anderen Seite würde gerade eine etwaige Vernichtung des christlichen Libanons die radikale Linke der christlichen Minderheiten in ihrer Überzeugung bestärken, nur ein grundlegender Umsturz in der gesamten Region würde eine bessere Zukunft herbeiführen. In jedem Fall wäre der „nuisance value“ der orientalischen Christen, d.h. ihre Fähigkeit, Schaden anzurichten, beträchtlich. Wem an Stabilität im Nahen Osten gelegen ist, der sollte sich hüten, es durch Handeln oder Unterlassen auf den Test dieser Fähigkeit ankommen zu lassen. Neben negativen gibt es aber auch positive Gründe, die weitere und die möglichst freie Existenz der christlichen Volksgruppen des Orients zu wünschen und zu fördern. Die Christen des arabischen Orients gehören zu den dynamischsten, fähigsten und am besten ausgebildeten Gruppen der Region. Ihr Potential wird dringend benötigt, um eine beschleunigte soziale und wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Nahen Ostens zu fördern – sie ist aber die Voraussetzung für politische Stabilität.

Aus *religiöser Solidarität* helfen heute Muslime Muslimen, von den Philippinen bis nach Gambia. Und Juden helfen Juden. Der vormalig christliche Westen hingegen geniert sich, Christen zu helfen, nur weil sie Christen sind. Bei angemessener Würdigung seines wohlverstandenen Interesses dürfte er sich vielleicht dennoch bereit finden, den christlichen Volksgruppen bei ihrer Existenzsicherung zu helfen, nicht weil, sondern obwohl sie Christen sind. Für die christlichen Kirchen Europas stellt sich freilich darüber hinaus die Frage, ob sie bisher genügend dafür getan haben, das Christentum dort zu erhalten, wo es seinen Ursprung genommen hat.

Theodor Hanf